



Offizielle Eckdaten des Verfahrensverlaufs Stuttgarter Platz

Juni 1999	Gründung der Bürgerinitiative Stuttgarter Platz Forderungen: kein 20-geschossiges Hochhaus, kein Geschäfteriegel und großflächiger Einzelhandel am Bahndamm, keine Tiefgaragen, keine „Umklappung“ des S-Bahnhofs, sondern Erhalt aller 248 Bäumen und des Tierbestandes auf dem Platz wegen Stadtgestalt, Klima und Luftaustausch, Erhalt des offenen Raums für eine Frei- und Grünfläche, Berücksichtigung des Anliegens der Bürger in demokratischer Weise
November 1999	6000 Unterschriften werden beim Bezirksamt gegen die Bebauung eingereicht
Dezember 2000	Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses für die Umklappung der S-Bahnhofes
Juni 2001	3-tägige öffentliche Erörterungsveranstaltung zum Planfeststellungsbeschluss
September 2001	Bebaungsplanentwurf wird erfolgreich aufgrund der Einwände der Bürger gekippt
Februar 2002	Aufstellungsbeschluss des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf für einen innerstädtischen Platz und Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen vor Ort
Dezember 2002	Planfeststellungsbeschluss
März 2003	Aufstellungsbeschluss der Senatsverwaltung für ein Bebauungsplanverfahren
April 2003	Sammelklage von 12 Klägern gegen Planfeststellungsbeschluss beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig auf Verbesserung des Lärmschutzkonzeptes gegen Schallschutzwände, für „besonders überwachtes Gleis, (büG)“ und Holzschwellen im Schotterbett
Juni 2003	Vereinbarung zwischen Bahnchef Mehdorn und Senator Strieder den Ausgleich vor Ort auf Kosten der Bahn umzusetzen
Juni 2003	Kaufvertrag zwischen Land Berlin und Deutscher Bahn über das 3500 qm große Grundstück für den Grünausgleich
Dezember 2003	neuer B-Planentwurf des Senats. Frühzeitige Bürgerbeteiligung mit Einwänden der Bürger und Erörterungsveranstaltung

März 2004	Abweisendes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts
Juli 2005	1. Auslegung des Bebauungsplanentwurfs
Dezember 2005	2. Auslegung des Bebauungsplanentwurfs
Mai 2006	Festsetzung des Bebauungsplans
Juni 2006	Vertrag mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und ARGE-BI für eine Entwurfsplanung der Bürger
Februar 2007	1. Vorstellung des Entwurfs und Abstimmung mit den Bürgern in einer öffentlichen Bürgerversammlung
April 2007	2. Vorstellung des Entwurfs und Abstimmung mit den Bürgern in einer öffentlichen Bürgerversammlung
Februar 2008	Einreichung des Landschaftspflegerischen Begleitplanes beim Eisenbahnbundesamt
Januar 2009	Ergänzender Planfeststellungsbeschluss, mit Festlegungen zum Grünausgleich auf dem Stuttgarter Platz entsprechend dem Bebauungsplan von Mai 2006
Februar 2010	Bezirksamt will den Entwurf der ARGE nicht vollständig umsetzen und den mit den Bürgern vereinbarten Entwurf ändern
April 2010	Das Bezirksamt scheitert aufgrund der ansässigen Klage des BLN in Zusammenarbeit mit der BI beim Bundesverwaltungsgericht
Mai 2010	Beginn der Bau-, Gestaltungsarbeiten auf dem Platz
Januar 2011	Das Bezirksamt versucht die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen im Straßenraum zu verhindern
Februar 2011	Das Eisenbahnbundesamt fordert die vollständige Umsetzung des Biovolumens vor Ort
Mai 2011	Einweihung der Parkanlage durch die Bürgerinitiative Stuttgarter Platz